

Winfried Hermann, Mai 2003

## **Positionspapier zum Konzept Agenda 2010:**

*Agenda 2010 zur sozialen Agenda 21 weiter entwickeln*

### **1. Grundsätzliches**

Das Konzept Agenda 2010 ist der Versuch, auf die Krise der sozialen Sicherungssysteme eine Reformantwort zu finden, die mittelfristig (bis 2010?) trägt. Der Anspruch lautet: Rettung der sozialen Systeme durch Modernisierung. Im Wesentlichen wird versucht, die ausufernden Kosten zu reduzieren oder anders zu finanzieren. Vor allem gilt es die Lohnnebenkosten, aus denen das soziale System in Deutschland wesentlich finanziert wird, zu senken und damit die Kosten der Arbeit. Dieses Ziel ist richtig, allerdings kommt es darauf an, dass die Ausgestaltung des Konzeptes sozial ausgewogen geschieht. Und: dass sich die Reformen nicht darauf beschränken.

### **2010 ist nicht das Ende der Reformpolitik**

Problematisch ist es, wenn der Eindruck erweckt wird, ausschließlich durch die Agenda 2010 könne der Sozialstaat gerettet werden. Die Politik sollte nicht so tun, als ließen sich die über Jahrzehnte angewachsenen - und politisch nicht gelösten - Probleme auf einen Schlag mit dieser oder jener Agenda lösen. Zu viele Faktoren, die die Politik selbst nur sehr indirekt oder gar nicht beeinflussen kann, spielen dabei eine Rolle. Wirtschaft und Gesellschaft sind zur Lösung der tiefgreifenden Probleme ebenso gefordert. Es wäre klug, wenn sich alle auf einen eher langwierigen und mühsamen Umbau einstellen würden. Ein einzelnes Konzept wird uns nicht voran bringen. Das Scheitern des Reformkonzeptes 2010 wäre zwar außerordentlich bedauerlich, weil wir solche ambitionierten Reformversuche brauchen, es wäre aber nicht das Ende der Reformpolitik.

### **Senkung der Lohnnebenkosten ist nur ein Teil der Lösung**

Die Senkung der Lohnnebenkosten kann nur ein Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise des Sozialstaates Deutschland sein. Politik muss hierzu Sanierungsvorschläge machen. Sie muss aber auch darauf hinweisen, dass die eigentliche Krise eine Krise der (Welt-)Wirtschaft ist, die nicht mehr (genügend) wächst und nicht genügend Arbeitsplätze schafft. Sie ist auch die Krise der deutschen Wirtschaft, die im internationalen Wettbewerb steht und zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbssituation vor allem ihre Lohn- bzw. Lohnnebenkosten senken will. Erfolgreiches Wirtschaften im Wettbewerb ist allerdings nicht nur eine Frage von Arbeitskosten, sondern auch von Qualität und kreativen Angeboten vor allem im Bereich ökologischer Investitionen und nachhaltiger Entwicklung. Zu

meinen, vor allem eine Senkung der Lohnnebenkosten um einige Prozentpunkte, die ohnehin nur unter aller größten Schwierigkeiten zu erreichen wären, schaffe die Millionen von Arbeitsplätzen, die wir in Deutschland brauchen, hieße einem neoliberalen Märchen zu glauben.

### **Sozialstaat nicht länger nur huckepack finanzieren**

Der Sozialstaat ist in Deutschland all zulange Huckepack finanziert worden, d.h. getragen vom Faktor Arbeit und von einer ständig wachsenden Wirtschaft. Mit der Krise der Wachstumswirtschaft musste auch der Sozialstaat in die Krise geraten. Nur wenn es gelingt, die Sozialleistungen aus dieser fatalen Abhängigkeit wenigstens teilweise zu befreien und auf andere, sichere Beine zu stellen, wird der Sozialstaat dauerhaft, also nachhaltig gesichert werden können. Das heißt, ein Teil sozialstaatlicher Leistungen, die ohnehin nichts mit der Lohnarbeit zu tun haben, müssen aus Steuern finanziert werden.

Aus ökologischer Sicht und aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit (Ressourcensteuern sind Bundessteuern!) kommt hierfür eine Weiterentwicklung der Ökosteuern hin zu Ressourcensteuern in Frage. So kann der Rationalisierung des Faktors Arbeit durch lohnarbeitsbezogene Steuern und Abgaben die Effizienzsteigerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs durch Steuern folgen. Deshalb gehört die ökologische Finanzreform dringend auf eine Agenda, die den Sozialstaat modernisieren will.

### **Demografische Realitäten zu lange ignoriert**

Die Krise wird in Deutschland dadurch verschärft, dass zu lange die sozialen Sicherungssysteme „kollektiv missbraucht“ wurden. Zum Beispiel wird durch die Praxis der „Vorruhestandsentlassungen“ im massenhaften Personalabbau sowohl die Arbeitslosenversicherung als auch die Rentenversicherung fortwährend und für die Zukunft belastet. Hinzu kommt die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen (wie z.B. Mutterschaftsgeld) und Sozialleistungen im Rahmen der Deutschen Einheit. Und dies alles geschah vor dem Hintergrund einer sich schon lange Zeit anbahnenden demografischen Entwicklung, die immer mehr LeistungsnehmerInnen (RentnerInnen, Kranke) mit sich bringt bei sinkenden BeitragszahlerInnen.

### **Soziale Reformpolitik über den Wahltag hinaus: ein fast paradoxes**

#### **Unterfangen**

Die Politik steht vor der schwierigen Aufgabe, einerseits die Systeme rasch zu sanieren, mit sichtbaren Erfolgen noch in dieser Wahlperiode, und andererseits für die nächsten Jahrzehnte richtungsweisend zu gestalten. Dies ist unter demokratisch-

parlamentarischen Bedingungen, bei unterschiedlichen politischen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat äußerst schwierig. Zumal wenn Opposition und Regierungskoalition um die Mehrheit mit divergenten Konzepten ringen. Auf der einen Seite zwingen die kurzfristige Erfolgserwartung der WählerInnen und die Orientierung der Parteien an Wahlperioden zu schnellen Lösungen. Auf der anderen Seite gilt es in der Politik für die Zukunft zu sorgen, obwohl die Interessen der Akteure in der Gegenwart verhaftet sind. Es ist notwendig über die Parteigrenzen zu kooperieren, obwohl man aus Gründen der Konkurrenz eher opponieren will.

## **2. Konkrete Verbesserungsvorschläge für die Agenda 2010**

Es ist der richtige Ansatz den Missbrauch der Arbeitslosenversicherung zur sozial verträglichen Entlassung von vor allem älteren ArbeitnehmerInnen zu begrenzen, in dem die Auszahlungszeiten verkürzt werden (auf 12 bzw. 18 Monate). Denn nicht jede bestehende Regelung des Sozialstaates darf zum Tabu erklärt werden, zumal wenn ihr Missbrauch offenkundig ist. Hier haben Gewerkschaften, Arbeitgeber und politische Entscheidungsträger in den 80er Jahre für einen Teil der von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen Finanzierungswege gefunden, die auf Dauer die Arbeitslosenversicherung und die Rentenversicherung überfordern. Diese Regelungen gehen letztlich zu Lasten der jüngeren Arbeitssuchenden, für die man angeblich Arbeitsplätze schaffen wollte.

### **Keine Kürzungen ohne neue Angebote und Chancen**

Was systematisch richtig ist, kann konkret zum sozialen Problem werden. Die Leistungen für Arbeitslose zu kürzen nach dem Motto: den Missbrauch bekämpfen, neue Anreize schaffen, ist unter den Bedingungen eines nachweisbaren millionenfachen Defizits an Arbeitsplätzen zynisch. Solange auf zehn Arbeitslose ein Jobangebot kommt, kann das nicht funktionieren. Insbesondere junge Arbeitslose brauchen echte Angebote, um der Arbeitslosigkeit als Dauerzustand womöglich schon ab dem Schulabgang zu entgehen. Deshalb müssen genügend Angebote zur schulischen und beruflichen Qualifizierung, zum Erwerb von fehlenden Schulabschlüssen, berufsvorbereitende Maßnahmen, Lehrstellen, Maßnahmen zur Weiterbildung und Umschulung vorhanden sein. Was für Junge gilt, muss nach und nach für alle Beschäftigte angeboten werden. Diese Leistungen müssen staatlich/öffentlich finanziert werden, weil es ein gesamtgesellschaftliches (soziales und wirtschaftliches) Interesse und eine öffentliche Verantwortung für Bildung im Sozialstaat gibt. Die Bundesanstalt für Arbeit zum Sparen an solchen Maßnahmen zu zwingen, ist zumindest in der Umbauphase absolut kontraproduktiv. Hier hat die Koalition in der Hoffnung die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirksamkeit der Hartz-Reformen würde dies zulassen, fälschlicher Weise Zuschüsse in Milliardenhöhe gekürzt. Das muss korrigiert werden.

## **Kürzungen sozial abfedern**

Dass für manche Gruppen, besonders für gut verdienende Personen, das Arbeitslosengeld üppig und insgesamt zu lange ausbezahlt wird, haben inzwischen viele eingesehen. Kürzungen sind hier sozial vertretbar. Problematisch dagegen sind die Absenkung auf das derzeitige Sozialhilfeniveau. Denn es ermöglicht keineswegs ein Luxusleben ohne Arbeit, wie manche glauben machen wollen. Die Anrechnung von Vermögen und Partnereinkommen ist nicht per se inakzeptabel, weil unsozial. Wenn aber Vermögen zur Altersvorsorge angerechnet wird, wird dieses eigenverantwortliche Verhalten bestraft. Und wenn Partnereinkommen so angerechnet wird, dass (in der Regel) Frauen mit eigenen Ansprüchen diese letztlich nicht realisieren können, macht das Frauen, die selbst gearbeitet haben, als Arbeitslose materiell abhängig. So wirft man langfristig Frauen aus dem Arbeitsmarkt und zementiert alte geschlechtsspezifische Rollenverteilungen, die wir politisch nicht wollen.

Ein Kernelement der Reform 2010 ist die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Form eines Arbeitslosengeldes II. Dies ist aus mehreren Gründen sinnvoll und wird deshalb unterstützt. Die damit verbundene Absenkung des Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau setzt allerdings zu viele Menschen auf ein zu niederes Lebenshaltungsniveau und reduziert zusätzlich die Binnennachfrage. Wenn das Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau abgesenkt werden soll, dann sollte dieses wenigstens so angehoben werden, dass eine teilweise Kompensation erfolgt. Dies wäre ein Zwischenschritt auf dem Weg zu der von den Grünen angestrebten Grundsicherung.

## **Einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen**

In den letzten 20 Jahren ist mit der Arbeitslosigkeit vor allem auch die Zahl der schwer Vermittelbaren und Langzeitarbeitslosen drastisch gestiegen. Waren dies früher rund ein Drittel der Erwerblosen, so sind das heute eher zwei Drittel, die nur noch schwer oder gar nicht mehr vermittelbar sind, obwohl sie nicht arbeitsunfähig sind. Diese Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen (Behinderung, soziale, psychische und gesundheitliche Probleme) nicht ganz so leistungsfähig oder haben auch nur ein solches Stigma. Die moderne Arbeitswelt „braucht“ solche „Problemfälle“ einfach nicht und zieht angesichts einer großen Auswahl an gut qualifizierten BewerberInnen diese vor. Gleichzeitig gibt es auf kommunaler Ebene und im gesamten Nichtprofitsektor ein breites Spektrum von sozial und ökologisch sinnvoller Arbeit, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung dringend geleistet werden müsste. Nach normalen Marktgesetzen ist diese Arbeit nicht bezahlbar bzw. wird schon gar nicht angeboten. Es gibt heute schon eine Vielzahl sozialer Beschäftigungsbetriebe und AB-Maßnahmen, die dem Rechnung tragen. So werden z.B. erfolgreich Elektroschrott sortiert, Parkanlagen saniert oder Möbel renoviert. Um die zwei bis drei Millionen Menschen nicht aus dem Arbeitsleben auszuschließen und zugleich gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu fördern, müsste dieser Sektor massiv

entwickelt werden. Ein weites Feld bietet hierzu der gesamte Bereich des Nonprofitsektors: vom Sportverein bis zum Schulförderverein, vom Seniorentreff bis zur Caritas überall könnte öffentlich geförderte Arbeitsplätze entstehen.

### **Arbeit durch soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen schaffen**

Die Schwäche des Ansatzes, Arbeitskosten zu senken um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, liegt vor allem darin, dass übersehen wird, was Arbeit schafft: Nachfrage. Nachfrage nach Dienstleistungen und Produkten sowie Investitionen. Die derzeitige Wirtschaftskrise ist zweifellos auch eine Nachfragekrise, die durch öffentliche Sparpolitik, private Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen verschärft werden. Die staatliche Seite muss deshalb, ohne die Zielsetzung der Sanierung öffentlicher Haushalte auf zu geben, solche sozialen und ökologischen Investitionen tätigen, deren Unterlassung langfristig mehr kostet als kurzfristig eingespart wird. Beispiele hierfür sind Sanierungsprogramme im Altbaubestand als vorsorgenden Klimaschutz; Ressourcenschutz und Effizienzforschung und Markteinführungshilfen; Jugendarbeit und Bildung für die Zukunft, auch zu Vermeidung von sozialen Folgekosten.

### **Fazit**

**Das Konzept 2010 ist ein wichtiger Ansatz zur Sanierung der sozialen Sicherungssysteme. Er muss sozial ausgestaltet werden und er muss ergänzt werden durch arbeitsschaffende Nachfrage und öffentliche Förderung von Arbeit in einen sozialen und ökologischen Beschäftigungssektor. Das Konzept braucht ein Leitbild: das einer nachhaltigen Entwicklung wie sie in der Agenda 21 formuliert ist.**